

## INHALT

1. Rot/Grün/Blaue Prioritätensetzung
2. Beamtenbesoldung: CDU-Fraktion belegt Täuschungsversuch der Landesregierung
3. Landesregierung mit Verkehrspolitik überfordert
4. Bereisung im Kreis Rendsburg-Eckernförde
5. Landesregierung soll sich zum Entwicklungskonzept zur Westküste erklären
6. Reformationstag im Jahr 2017 als einmaliger gesetzlicher Feiertag
7. Besuch der Breitbandmesse Schleswig-Holstein
8. Schreiben des Fraktionsvorsitzenden

17.05.2013

### Rot/Grün/Blaue Prioritätensetzung

**Kein Geld für Landwirtschaftsschüler - Grünes Lieblingsprojekt nur durch „Rechenfehler“ wirtschaftlich**



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

In welcher Weise die neue Landesregierung ihre Prioritäten setzt, wurde in dieser Woche besonders deutlich: Eine Anfrage der CDU-Fraktion deckte auf, dass 28 Landwirtschaftsschüler in diesem Jahr keinen Platz erhalten werden. Die offizielle Begründung der Landesregierung: die dafür nötigen 120.000 Euro könnte sie nicht aufbringen (Link s. unten)

„Für die Machbarkeitsstudie zum Ökopark von Professor Heydemann stellen SPD, Grüne und

SSW 130.000 Euro bereit. Für 35 Betreuer von Phantomwölfen geben sie 100.000 Euro aus. Denn diese Projekte sind für SPD, Grüne und SSW wichtig. Die Zukunft von 28 Nachwuchskräften unserer Landwirtschaft und damit die Zukunft dieses für Schleswig-Holstein so wichtigen Wirtschaftszweiges sind es nicht“, kommentierte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen.

Angesichts zunehmenden Fachkräftemangels sei es gezielter Raubbau an der Zukunft Schleswig-Holsteins, wenn die Landesregierung ausbildungswilligem Nachwuchs die Tür vor der Nase zu schlage.

Wie SPD, Grüne und SSW ihre Prioritäten (durch)setzen, wurde im Finanzausschuss deutlich. Dort legte Finanzministerin Heinold die Wirtschaftlichkeitsberechnungen zu ihrem komplett schuldenfinanzierten Sanierungsprogramm „PROFI“ vor (Link s. unten). Nach Berechnungen der Landesregierung sei beispielsweise die energetische Sanierung der CAU-Mensa wirtschaftlich. Nach 30 Jahren ergebe sich durch Wärmeenergieeinsparungen bei einem Investitionsvolumen von etwa 1,2 Millionen Euro ein Plus für die Landeskasse von etwa 60.000 Euro.

CDU-Finanzexperte Tobias Koch stellte beim Nachrechnen fest, dass bei der Berechnung die Kreditzinsen über die gesamte Laufzeit nicht berücksichtigt wurden: „Die dem Finanzausschuss vorgelegten Wirtschaftlichkeitsberechnungen sind so seriös wie Verkaufsprospekte von Schrottimmobilien“, so Koch.

Sein daraufhin gestellter Antrag, künftig den Landesrechnungshof vor der Genehmigung der PROFI-Projekte die Berechnungen prüfen zu lassen, wurde von den Regierungsfractionen abgewunken. „Auch Zinsen für Schulden des Landes sind Kosten. Eine Finanzministerin sollte das wissen. Wenn sie es nicht tut, und die Regierungsfractionen eine Vorabprüfung des Rechnungshofes verweigern, lässt das tief blicken“, erklärte der CDU-Abgeordnete daraufhin.

Bereits am Dienstag hatte die Finanzministerin ihre am letzten Freitag vorgenommene Regionalisierung der Steuerschätzung korrigieren müssen. Bereits in diesem Jahr fallen die Einnahmen deutlich niedriger aus. Im kommenden Jahr fehlen Heinold 84 Millionen Euro. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, dazu: "Bereits bei der zweiten Steuerschätzung rächt sich, dass Frau Heinold ihren Haushalt auf Kante genäht hat. Jetzt holt die Realität SPD, Grüne und SSW ein."

Kleine Anfrage zur Ausbildung an den Landwirtschaftsschulen in Schleswig-Holstein:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/landschule.pdf>

Link zum PROFI Umdruck:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/1100/umdruck-18-1127.pdf>

---

### **Beamtenbesoldung: CDU-Fraktion belegt Täuschungsversuch der Landesregierung Besoldungsdiktat war von Beginn an geplant**

Nachdem er Einsicht in die diesbezüglichen Akten der Landesregierung genommen hatte, erhob CDU-Finanzexperte Tobias Koch an diesem Freitag schwere Vorwürfe gegen die Landesregierung:

„Die Darstellung der Landesregierung, dass die beabsichtigte jeweils einprozentige Erhöhung in den Jahren 2014-17 als Versprechen einer Untergrenze gemeint war, ist falsch. Das gilt auch für die Behauptung, das von Ministerpräsident Albig verkündete Besoldungsdiktat sei erst nach dem erkennbaren Scheitern der Gespräche mit den Arbeitnehmervertretern erarbeitet

worden“, erklärte Koch.

Die Pläne für das Besoldungsdiktat von SPD, Grünen und SSW habe die Landesregierung vor dem entscheidenden Gespräch mit den Gewerkschaften fertig in der Schublade gehabt.

Beamte, Landtag und Öffentlichkeit seien ferner darüber getäuscht worden, welche Haushaltsmittel für eine Besoldungsanpassung zur Verfügung stehen. Auf ausdrücklichen Rat des Finanzministeriums sei deshalb aus dem Redeentwurf des Ministerpräsidenten die konkrete, im Haushalt für die Besoldungsanpassung veranschlagte Summe gestrichen worden.

"Die Landesregierung hat im Haushalt einen deutlich höheren Spielraum für die Besoldungsanpassung zur Verfügung, als öffentlich von ihr erklärt ", so Koch.

Rasmus Andresen, Finanzpolitiker der Grünen-Fraktion, bezeichnete es daraufhin als Unding, dass vertrauliche Dokumente scheinbar an die Presse "geleaked" worden seien.

Koch wies diesen Vorwurf umgehend unter Vorlage des entsprechenden Schriftverkehrs zurück. Die Landesregierung habe zwar zunächst ausschließlich Akten herausgeben wollen, die erst den Zeitraum nach dem Tarifabschluss am 9. März 2013 betreffen und davon darüber hinaus einen Teil als „VS-vertraulich" einstufen wollen. Auf Intervention der CDU-Fraktion seien dann allerdings die Akten aus der Zeit vor dem Tarifabschluss nachgereicht worden. Nachdem der Wissenschaftliche Dienst des Landtages Stellung genommen hatte, sei zudem keine einzige Akte mehr als vertraulich eingestuft worden. Lediglich zwei exakt bestimmte Unterlagen seien geheim zu halten.

„Wenn man sich selbst ständig als Regierung des Dialoges feiert, und dann bei so etwas erwischt wird, dann ist das in der Tat peinlich. Allerdings sollte Andresen die Schuld für diese Peinlichkeit nicht bei denen suchen, die für eine ehrliche und transparente Darstellung sorgen“, so Koch abschließend.

Den Link zum Schriftverkehr finden Sie unter:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/aktebesoldung.pdf>



Tobias Koch, MdL

---

## **Landesregierung mit Verkehrspolitik überfordert CDU-Fraktion fordert Managementplan zum A7 Ausbau**

Knapp ein Jahr vor Beginn der Bauarbeiten zum Ausbau der A7 warnte der Segeberger

Abgeordnete Volker Dornquast die Landesregierung in einer gestrigen (16. Mai 2013) Pressekonferenz davor, die Auswirkungen im Rahmen des A7-Ausbaus auf die leichte Schulter zu nehmen.

Im kommenden Jahr soll mit dem notwendigen Ausbau der A7 begonnen werden. Bis voraussichtlich 2020 soll die Autobahn dabei von Hamburg bis zum Bordesholmer Dreieck von bisher vier auf sechs Fahrstreifen erweitert werden. Im Hamburger Stadtgebiet soll die Autobahn zusätzlich eine Überdeckung bekommen.

Trotz der Freigabe aller vier Elbtunnelröhren komme es schon heute fast täglich zu erheblichen Staus auf der A7 und der A23. Und das auch ohne Baustellen. „Die Landesregierung hingegen geht in ihrer bisherigen Planung davon aus, dass keine Maßnahmen auf Ausweichstrecken nötig sind. Das ist erschreckend und völlig wirklichkeitsfremd“, so Dornquast.

Die CDU-Fraktion will die Landesregierung daher nun per Antrag dazu bewegen, einen Managementplan zu erarbeiten, Berechnungen für die zu erwarteten Verkehre während der einzelnen Bauabschnitte anzustellen und Maßnahmen für die Erleichterung der Ausweichverkehre zu ergreifen.

Für weitere verkehrspolitische Hiobsbotschaften sorgte gestern Verkehrsminister Reinhard Meyer mit der Vorlage seines Straßen-Zustandsbericht. Meyers Fazit fiel dabei ernüchternd aus! Ein Drittel der Straßen im Land sei sanierungsbedürftig und der Straßenzustand werde sich weiter verschlechtern, so Meyer.

An 465 Stellen im Land herrschten dem Bericht zufolge Verkehrsbeschränkungen, da der Zustand der Straßen eine freie Fahrt unmöglich mache. Verbleibe der Grundstock zur Straßensanierung bei den bisherigen 6,2 Millionen Euro, so wären nach Berechnung des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr in bereits sieben Jahren nahezu alle Straßen komplett marode.

„SPD, Grüne und SSW geben so viel Geld aus, um ihre Lieblingsprojekte zu pampern, dass für unsere Straßen nur ein Schlaglochregister übrig bleibt“, so der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Hans-Jörn Arp, zur Verkehrspolitik der Landesregierung.



Volker Dornquast, MdL

## Bereisung im Kreis Rendsburg-Eckernförde Fraktionschef Callsen informiert sich vor Ort

Am Donnerstag (16. Mai 2013) unternahm der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion gemeinsam mit örtlichen Abgeordneten eine eintägige Kreisbereisung durch Rendsburg-Eckernförde.

Zum Auftakt besuchte Callsen am Vormittag den landwirtschaftlichen Betrieb des Vorsitzenden des Kreisbauernverbandes, Klaus-Peter Lucht, in Mörel, um sich vor Ort über die Folgen der Regierungspläne zur Verschärfung der Knickbestimmungen zu informieren. Nach den Plänen von Minister Habeck sollen künftig die letzten 50 Zentimeter vor dem Beginn des Knickwalls nicht mehr beackert werden dürfen.

Lucht zeigte Unverständnis für die Regierungspläne und erläuterte am Beispiel seines eigenen Knicks welche Folge die geplante Verschärfung habe. „Dadurch verliere ich entschädigungslos einen Teil meiner Anbaufläche. Das ist ein massiver Eingriff in das Eigentum“, so Lucht. Ohnehin sei die Verschärfung keines Wegs nötig. Dort wo Knicks in schlechtem Zustand seien, müsse ohne Frage gehandelt werden, aber dazu bedürfe es keinem Schutzstreifen.

Auch Fraktionschef Callsen reagierte mit Kopfschütteln: „Das ist schon unerhört: Herr Habeck hat groß den Dialog mit den Landwirten angekündigt. Stattdessen greift er ihnen jedoch lieber ungefragt tief in die Tasche. Das ist in der Tat eine faktische Enteignung“, unterstrich Callsen.

Weiter ging es mit der Bereits in der zwischen Kiel und Eckernförde gelegenen Gemeinde Neudorf-Bornstein. Dort zu Beginn des nächsten Schuljahres eine private Grundschule an den Start gehen, da die bestehende öffentliche Grundschule die festgelegte Mindestgröße nicht mehr erfüllt und zu den Sommerferien schließen muss.

Eltern und Gemeindevertreter konnten jedoch die Privatschule Mittelholstein, die bisher Grundschulen in Büdelsdorf und Gnutz betreibt für den Grundschulstandort begeistern. Bislang seien 34 unverbindliche Anmeldungen für die neue Schule eingegangen, so Geschäftsführer Michael Claßen. Eine Genehmigung der Schule durch das Bildungsministerium stehe jedoch noch aus.

„Natürlich muss ein solcher Antrag auch sorgfältig geprüft werden. Aber die Eltern haben Planungssicherheit verdient und müssen so schnell wie möglich wissen, ob ihr Kind ab August hier zur Schule gehen kann“, so Johannes Callsen.

Der örtliche Abgeordnete Daniel Günther fügte hinzu: „In weniger als drei Monaten soll die neue Schule an den Start gehen. Da könnte das Bildungsministerium zumindest einen Zwischenbescheid erteilen, damit die Beteiligten eine Tendenz erfahren, inwieweit sie mit einer Genehmigung rechnen können“, so Günther.

Im umstrittenen Verfahren um die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen sei die Landesregierung so verfahren und habe Zwischenbescheide sogar zu einem Zeitpunkt verschickt, als es für die Oberstufen noch überhaupt keine Gesetzesgrundlage gab. Zum Abschluss der Bereisung folgte ein Rundgang durch das geplante Räuchereimuseum in Eckernförde. Gemeinsam mit ihren Vorstandsmitgliedern Hartwig Deimel und Uwe Bengius nahm Katharina Mahrt, Vorsitzende des „Alte Fischräucherei Eckernförde e.V.“, die Abgeordneten und die örtliche CDU-Fraktionsvorsitzende, Katharina Heldt, in Empfang und erläuterte ihnen die Museumspläne. An Originalstätten soll das alte Gewerbe der Fischräucherei wieder zum Leben erweckt und den Besuchern so die Geschichte dieses maritimen Gewerbes vermittelt werden.

Zurzeit warte der Verein noch auf die Baugenehmigung, damit mit der Restaurierung der alten Gebäudeteile begonnen werden könne. Erst im vergangenen Jahr hatte der Verein das alte Räumereigebäude mit den beiden einzigen in Eckernförde original erhaltenen Schornsteinen gekauft. Seitdem seien mehr als 2000 Stunden ehrenamtliche Arbeit in das Gebäude gesteckt und mehr als 100.000 Euro an Spenden gesammelt worden.

„Die Begeisterung, mit der Sie für Ihr Projekt eintreten, und das enorme ehrenamtliche Engagement, das Sie hier leisten, ist beeindruckend. Die Arbeit, die Sie hier unentgeltlich in das Projekt stecken, wird sich auszahlen: Das Museum wird eine große Bereicherung für Eckernförde und auch für den Tourismus sein“, lobte Callsen den Einsatz des Vereins.



Die Abgeordneten Rickers, Callsen, Göttisch und Neve mit Klaus-Peter Lucht

---

### **Landesregierung soll sich zum Entwicklungskonzept zur Westküste erklären CDU-Fraktion stellt Berichts Antrag**

Knapp ein Jahr, nachdem Ministerpräsident Albig die Belange der Westküste vollmundig zur Chefsache erklärt hatte, ist außer immer neuen Hiobsbotschaften an der Westküste nichts zu spüren. Die CDU-Fraktion hat daher die Landesregierung aufgefordert, zur kommenden Plenarsitzung Ende Mai, über ihr Entwicklungskonzept für die Westküste und die Mitspracherechte des Westküstenbeirats zu berichten.

Der Bericht soll unter anderem Bezug nehmen auf die Ergebnisse des offenen Dialogverfahrens zur Errichtung einer 380kV-Trasse, den Kompromiss zur HusumWind sowie auf mögliche Nachteile für die Nordseeküste und die Fischerei durch die Verklappung von Hamburger Hafenschlick.

„Weder der Ministerpräsident selbst, noch andere Mitglieder der Landesregierung haben bisher Konzepte oder Maßnahmen vorgelegt, wie sie die Westküste voran bringen wollen“, so der Westküstenabgeordnete Jens-Christian Magnussen.

Die Aussage Albigs von vor knapp einem Jahr, er sehe die Westküste als zentralen Entwicklungsraum Schleswig-Holsteins, müsse man im Nachhinein wohl eher als Drohung interpretieren.

Entwickelt habe sich bisher vieles, aber nichts zum Vorteil der Westküste. „Vom Ausbau von Infrastruktur und erneuerbaren Energien ist weit und breit nichts zu sehen. Der Weiterbau der A20 liegt auf Eis und in Sachen HusumWind hat der Ministerpräsident die regionale



Messegesellschaft einfach im Stich gelassen. Stattdessen erklärt sich die Landesregierung jedoch gerne bereit, Atommüll in Brunsbüttel und belasteten Hafenschlick in der Nordsee aufzunehmen“, so Magnussen weiter.

Die Landesregierung müsse endlich erklären, wie sie sich ein Entwicklungskonzept für die Westküste konkret vorstelle und welche Rolle hierbei dem Westküstenbeirat zufalle, oder ob dieser zur reinen Showveranstaltung verkomme.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0800/drucksache-18-0837.pdf>



Jens-Christian Magnussen, MdL

---

### **Reformationstag im Jahr 2017 als einmaliger gesetzlicher Feiertag CDU-Fraktion stellt Antrag zum 500. Jubiläum**

Am 31. Oktober 2017 jährt sich der Thesenanschlag an die Wittenberger Schlosskirche durch Martin Luther zum 500. Mal. Aus diesem Anlass hat die CDU-Fraktion nun den Antrag gestellt, den Reformationstag 2017 einmalig zum gesetzlichen Feiertag in Schleswig-Holstein zu erklären.

Mit dem Anschlag der 95 Thesen am Tag vor Allerheiligen 1517, in denen Luther Fehlentwicklungen in der Kirche anprangerte, leitete er letztlich die Reformation der Kirche ein. „Um die historische Bedeutung dieses Ereignisses für die evangelisch-lutherische Kirche angemessen zu würdigen, soll der Landtag die Landesregierung auffordern, den Reformationstag 2017 einmalig zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären“, begründete CDU-Fraktionschef Johannes Callsen den Antrag der Fraktion.

---

### **Besuch der Breitbandmesse Schleswig-Holstein Landesregierung muss Breitbandausbau im ländlichen Raum stärker voran treiben**

Unter dem Titel: „Schnelles Internet: Das Nervensystem einer modernen Gesellschaft“ brachte die Breitbandmesse Akteure aus Schleswig-Holstein zusammen. Insbesondere Firmen, die schnelle Datenleitungen ausbauen und zu diesen Leitungen Dienste und Anwendungen anbieten, sowie Entscheider aus Politik und Verwaltung, hatten die Gelegenheit einander kennenzulernen.

„Es ist bemerkenswert, wie viele Breitbandanbieter es mittlerweile in Schleswig-Holstein gibt.

Hier hat sich in den letzten Jahren viel getan“, erklärte Volker Dornquast.

„Allerdings ist der Bedarf im ländlichen Raum immer noch riesig. Hier ist die Landesregierung, nach den vollmundigen Versprechungen des Ministerpräsidenten in Litauen, in der Pflicht finanzielle Mittel bereitzustellen, besonders für ländliche Kommunen“, so Dornquast weiter.

Volker Dornquast ließ sich bei der Filiago GmbH & Co KG, einem der führenden Anbieter von Internetzugängen via Satellit, Alternativen zur Erdverkabelungen vorstellen. Als Unternehmen im Sitz in Bad Segeberg bietet Filiago Satelliteninternet mit Übertragungsraten von bis zu 10 MBit/s flächendeckend in Schleswig-Holstein an. Seit 2012 vermarktet FILIAGO auch kabelbasierte Internetschlüsse mit Übertragungsraten von bis zu 100 Mbit/s.

„Das ist genau die Art von Konzepten, die wir als Übergang im Internetbereich brauchen. Via Satellit und anschließend Breitband hin zur Glasfaser“, zeigte sich Dornquast beeindruckt.



Volker Dornquast im Gespräch mit dem geschäftsführenden Filiago Gesellschafter Utz Wilke

---

### Schreiben des Fraktionsvorsitzenden

#### Landesregierung betreibt Politik zum Nachteil der Kommunen

Aus Anlass der knapp einjährigen Regierungsverantwortung der neuen Landesregierung von SPD, Grünen und SSW hat sich der Fraktionsvorsitzende Johannes Callsen an alle CDU-Mandatsträger in den Kreisen und Gemeinden gewandt. Zunehmend bekommen die Gemeinden und Kreise im Land zu spüren, was die Landesregierung unter Dialog und kommunalfreundlicher Politik zu verstehen scheint. Dabei werden die Gemeinden mit immer neuen Aufgaben überfrachtet, Ausbau und Instandhaltung der kommunalen Infrastruktur ausgebremst, ein kommunaler FAG-Verteilungskampf heraufbeschworen und die wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen gebremst.

"SPD, Grüne und SSW haben schlicht kein Vertrauen in die Verantwortlichen vor Ort. Die CDU-Fraktion hingegen wird auch in Zukunft für lebendige Städte und Gemeinden, für wirtschaftliche Entwicklung und gute Infrastruktur sowie eine hohe Anerkennung des Ehrenamtes in Schleswig-Holstein eintreten", so CDU-Fraktionschef Johannes Callsen.

Den vollständigen Wortlaut des Schreibens finden Sie hier:

[http://www.cdu.ltsh.de/media/2013\\_05\\_mandatstraeger.pdf](http://www.cdu.ltsh.de/media/2013_05_mandatstraeger.pdf)



CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)